



Für ein soziales Bottrop - **echtes Rot wählen!**

**Kommunalwahlprogramm
der LINKEN. Bottrop**

DIE LINKE.
KREISVERBAND BOTTROP

Aus dem Inhalt

Für ein soziales Bottrop - echtes Rot wählen!	3
1. Veränderung beginnt mit Opposition!	4
2. Echte Bürgerbeteiligung ermöglichen	5
3. Statt Armut - menschenwürdiges Leben für alle	7
4. Rotes Herz mit grüner Lunge	11
5. EINE Schule für alle!	12
6. Wer nicht in die Jugend investiert, der wird in Knäste investieren müssen	14
7. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	17
8. Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander - Integration vor Ort gestalten!	19
9. Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen - gegen Ausgrenzung!	21
10. Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht	22
11. Kultur für alle	23
12. Sport - ein Kulturgut	24
13. Faschismus ist keine Meinung- sondern ein Verbrechen	25
14. Kommunale Daseinsvorsorge sichern	27

Für ein soziales Bottrop – echtes Rot wählen!

Kommunalwahlprogramm der LINKEN. Bottrop

Staatliche Hilfspakete für Banken und Großkonzerne konnten in den letzten Monaten im Handumdrehen gestrickt werden.

In Bottrop erwarteten uns zeitgleich auch Pakete: allerdings Kürzungspakete: Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW schlägt Kürzungen in 2-stelliger Millionenhöhe für Bottrop vor. Und die Stadtverwaltung bezeichnet immerhin rund 20 % dieses Kürzungsvolumens als realistisch. So sollen denn auch Maßnahmen zur Gebäudesanierung noch weiter nach hinten verschoben werden. Und der Jugendhilfe-Etat soll längerfristig um insgesamt 800.000 Euro gekürzt werden.

Bottroperinnen und Bottroper verlieren auf Grund unsozialer und langfristig gesehen unwirtschaftlicher Antworten auf die Schuldenmisere unserer Stadt immer mehr an Lebensqualität.

Dass immer weniger Menschen von ihrer Arbeit leben können, dass Kinder hungrig zum Unterricht kommen, dass Schulklassen zu groß sind und Kinderkrippenplätze fehlen, ist kein Naturgesetz. Es muss nicht sein, dass Sportplätze und Schwimmbäder geschlossen werden, dass der Öffentliche Nahverkehr immer schlechter wird, dass man darüber diskutiert, ob öffentliches Eigentum privatisiert werden solle.

Während Geld da ist, um Konzernen aus finanziellen Notlagen zu helfen, gibt es kein Geld für finanzschwache Kommunen. Die Politik von Bund und Ländern zwingt die Kommunen, Schulden zu machen. Immer mehr Aufgaben werden von oben an die Kommunen weitergegeben, gleichzeitig werden die dafür nötigen finanziellen Mittel verweigert. Damit missachten Bund und Länder das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung.

Auch das Konjunkturprogramm II ist aus Sicht der Kommunen nur eine vom Bund finanzierte Wahlkampfmasche der Rüttgers-Regierung: Bottrop erhält aus diesem Konjunkturpaket gerade mal 13,4 Millionen Euro, muss aber jährlich allein schon über 8 Millionen Euro an Zinslast aufbringen.

DIE LINKE fordert seit Jahren ein Entschuldungsprogramm sowie ein Zinsmoratorium für die Kommunen. Erst wurden unsere Forderungen noch belächelt. Jetzt hört man sie auch aus anderen Parteien.

LINKS wirkt: jetzt schon.

Aus dem weltweiten Finanz-Crash ist inzwischen eine Weltwirtschaftskrise geworden, deren Ausmaße die Krise von 1929/30 noch übertreffen könnten. Die Auswirkungen erleben die Menschen vor allem dort, wo sie leben: in den Kommunen. Es erwarten uns ein weiterer Anstieg der Erwerbslosigkeit, Reallohnverlust und – wenn die Bundestagswahl erst mal gelaufen ist – massive soziale Einschnitte: Schon jetzt wird in der CDU über eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer diskutiert.

Der Finanz-Crash hat allerdings auch gezeigt: Geld ist da! Die Frage ist nur, wie es verteilt wird.

Die Bundesregierung verspricht, für spekulierende Banken geradezustehen. Doch das, was bei den Banken geht, muss auch da gehen, wo die Menschen leben!

Über die Finanzmisere hinaus leidet Bottrop noch an einem weiteren zentralen Problem: Die jahrzehntelange Alleinregierung der Bottroper SPD hat in unserer Stadt zu einer völligen Verfilzung von Politik und Verwaltung geführt. Daran hat sich auch seit der Wahlniederlage der SPD 1999 nur wenig geändert, wie auch die Trimborn-Affäre zeigt. Die SPD betrachtet die Stadt als ihr Eigentum. Gut bezahlte Posten werden in Bottrop nach dem Parteibuchprinzip besetzt.

Bottrop darf sich weder finanziell ausbluten lassen, noch darf es starren verknöcherten Strukturen überlassen werden.

Dagegen wollen wir – gemeinsam mit allen außerparlamentarischen Kräften, die die gleichen Ziele verfolgen – kämpfen.

Wir laden alle Interessierten zur Mitarbeit ein.

Dieses Kommunalwahlprogramm verstehen wir als lebendes Dokument und freuen uns über Vorschläge und konstruktive Kritik.

1. Veränderung beginnt mit Opposition!

DIE LINKE tritt zur Kommunalwahl als offene Liste an: als Zusammenschluss von parteipolitisch ungebundenen und parteipolitisch organisierten Bottroperinnen und Bottropern, die sich gemeinsam für die Interessen der Menschen vor Ort einsetzen: für die Lohnabhängigen und für die sozial Ausgegrenzten und ihre Familien.

Wir wollen Politik nicht stellvertretend für andere Menschen entwickeln, sondern gemeinsam mit ihnen.

Deshalb suchen wir die Zusammenarbeit mit allen Gruppen und Initiativen, die für ein soziales und solidarisches Bottrop eintreten.

DIE LINKE gibt **keine Koalitionsaussage** ab.

Uns geht es nicht um Beigeordnetenmandate und andere lukrative Pöstchen. Uns geht es darum, die Lebenslage der Menschen zu verbessern. Wir unterstützen nicht nur berechtigte Proteste aus der Eiwohnerschaft Bottrops, sondern werden auch konkrete Initiativen unterbreiten und für ihre Umsetzung werben.

Dies ist auch mit wechselnden Mehrheiten möglich.

Linke Politik darf sich nicht auf die Parlamente beschränken.

Wir sehen daher unseren Schwerpunkt in der außerparlamentarischen Arbeit und nutzen den Rat als öffentliche Bühne.

Schlagworte wie „Wettbewerbsfähigkeit“, „Standortsicherung“ und „Strukturwandel“ dürfen nicht unwidersprochen als Totschlagargumente für Privatisierung und Sozialabbau stehen gelassen werden. Um den bestehenden Verhältnissen, die Reiche immer reicher und Arme immer ärmer machen, entgegenzuwirken, bedarf es allerdings breiter außerparlamentarischer Bewegungen: in den Betrieben und auf der Straße. Hierzu suchen wir auch das Bündnis mit den Gewerkschaften.

Die Entwicklung unserer Stadt ist abhängig von der Entwicklung auf Bundes- und Landesebene, aber auch von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen weltweit.

Deshalb tragen wir zur Stärkung der LINKEN in NRW, der Bundesrepublik in Europa bei. Und wir unterstützen Bewegungen gegen Krieg und Rassismus sowie gegen die wachsende Macht der Konzerne, für internationale Solidarität und weltweite soziale Gerechtigkeit – auch und gerade auf kommunaler Ebene.

2. Echte Bürgerbeteiligung ermöglichen!

Politikverdrossenheit nimmt zu. Bei Kommunalwahlen gibt nur noch rund die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, auch bei Landtags- und Bundestagswahlen sinkt die Wahlbeteiligung stetig.

Warum ist das so?

Vor der Wahl wird von den herrschenden Parteien viel versprochen, was sie nach der Wahl nicht einhalten – oft genug machen sie sogar das

krasse Gegenteil von dem, was sie vor der Wahl versprochen haben:
Erinnert sei nur an die beiden **berüchtigsten Wahl-Lügen** in der
Geschichte der Bundesrepublik:
die Wiederbewaffnungs-Lüge und die Mehrwertsteuer-Lüge:

* 1951 hatte der spätere CSU-Chef Franz-Josef Strauß zu ersten Gerüchten um eine geplante Wiederbewaffnung der Bundesrepublik erklärt: „Wer in Deutschland noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfaulen.“

Nach der nächsten Bundestagswahl wurde Strauß damit beauftragt, den Aufbau der Bundeswehr einzuleiten.

Bei bundesweiten Protesten von christlichen und sozialistischen Jugendorganisationen gegen die Wiederbewaffnung 1952 in Essen eröffnete die Polizei das Feuer auf friedliche Demonstranten und tötete dabei den 21-jährigen Arbeiter Philipp Müller.

* Vor der letzten Bundestagswahl verkündete die SPD, mit ihr werde es keine Mehrwertsteuererhöhung geben: als „Merkel-Steuer“ bezeichneten sie auf Wahlplakaten die von der CDU angekündigte Mehrwertsteuererhöhung um 2 Prozent.

Nach der Wahl wurde die Mehrwertsteuer dann mit Zustimmung der SPD sogar um 3 Prozent erhöht.

Anschließend beschwerte sich SPD-Chef Müntefering: „Wir werden an den Wahlversprechen gemessen – das ist unfair!“

Ein weiterer Beitrag zur Politikverdrossenheit sind undurchsichtige Entscheidungsstrukturen.

In Bottrop werden wichtige Entscheidungen in kleinen Gremien gefällt. (z.B. Ausbau Flugplatz Schwarze Heide).

Die jahrzehntelange Verquickung zwischen Ratsmehrheit und Verwaltung bietet Raum für Lobbyismus (Vergabapraxis an Bauträger und Architekturbüros). Bürgerbeteiligungen sind nur eingeschränkt möglich.

Was wäre, wenn die Einwohnerschaft selbst über den Haushalt entscheiden könnte?

DIE LINKE will die umfassende demokratische Beteiligung der Einwohnerschaft bei der Aufstellung des Haushaltes der Stadt, wie sie weltweit in vielen Kommunen entwickelt wurde. Dies ist leider in

Deutschland noch nicht möglich. Entsprechende Gesetze müssen auf Bundes- und Landesebene durchgesetzt werden. Dazu gehört auch die Forderung, dass finanzielle Mittel pauschal zur Verfügung gestellt werden und die Einwohnerschaft entscheidet, ob damit Straßen ausgebaut, Schulen saniert oder Jugendzentren gebaut werden. Ein Beteiligungshaushalt macht das städtische Haushaltsgeschehen transparenter. Eine von Bürgern gesteuerte rationale Mittelverteilung verhindert Korruption.

Zum Fundament einer breiten Bürgerbeteiligung gehört eine transparente Informationspolitik.

Laut Gemeindeordnung NRW sind grundsätzlich Tagungsordnungspunkte im Rat öffentlich zu behandeln. Firmen- und personenbezogene Daten werden jedoch oft dazu genutzt, um öffentliche Belange in nicht-öffentliche Sitzungsteile zu verlagern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die politische Diskussion um öffentliche Belange immer in den öffentlichen Sitzungsteilen stattfindet und getrennt von firmen- und personenbezogenen Daten geführt wird, statt komplett hinter verschlossenen Türen zu verschwinden.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind als Mittel demokratischer Partizipation und Kontrolle auszubauen.

3. Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle!

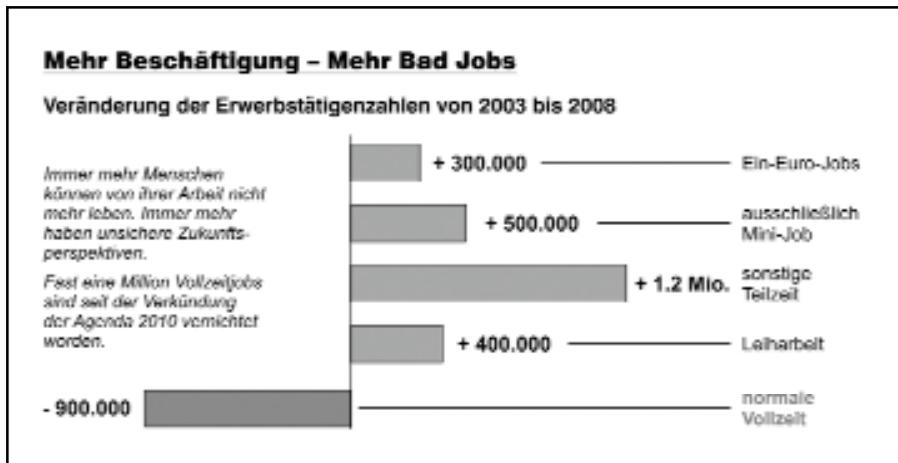
Arm trotz Arbeit

In Bottrop sind knapp 15 % der erwerbsfähigen Menschen von Hartz-IV-Leistungen abhängig.

Diese Abhängigkeit bedeutet jedoch nicht, dass diese Menschen alle erwerbslos sind. Nein, viele von ihnen verfügen über ein Einkommen, das ihnen nicht ihr Auskommen sichern kann. Immer mehr Menschen sind auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen, weil Unternehmen immer weniger Vollzeitstellen bieten, sondern diese mehr und mehr in Mini-, Teilzeit- oder Leiharbeitsverhältnisse umwandeln. Die SPD/Grüne-Bundesregierung hatte den Weg dafür freigemacht.

Gerade die sogenannte Leiharbeit spielt in Bottrop in zunehmendem Maße eine Rolle. Für die Bürger kaum wahrnehmbar wurde Bottrop in den letzten Jahren zu einem der größten Standorte für Firmen dieser Branche. Hier spielt unter anderem die optimale Verkehrsanbindung an mehrere Autobahnen eine große Rolle, und es siedelten sich immer

mehr „Personal-Leasing“-Firmen an. Insbesondere die Bottroper AfB (Arbeit für Bottrop) unter deren Leiter Trimborn vermitteln Arbeitslose massiv in diese ungeschützen, unterbezahlten Arbeitsverhältnisse.



Der DGB-Kreisverband Bottrop wies unter anderem auf diese Problematik hin und sprach von einer entstehenden Zwei-Klassen Gesellschaft in den Betrieben, da die Beschäftigten dieselbe Tätigkeit verrichten, aber nicht denselben Lohn erhalten. In einigen Fällen wurden laut DGB die Arbeitnehmer gekündigt und dann gleich wieder über eine Zeitarbeitsfirma ausgeliehen. Stammbelegschaften seien so in Bottrop abgeschmolzen worden. Da für diese Beschäftigten so gut wie kein Kündigungsschutz gilt, sind sie natürlich die ersten, die in Krisenzeiten entlassen werden.

Zu dieser Problematik darf eine linke Partei in Bottrop nicht schweigen. DIE LINKE steht daher der Ansiedlung von Leiharbeitsfirmen und sogenannten Personal-Leasing-Agenturen äußerst kritisch gegenüber und fordert die örtliche Arbeitsagentur bzw. die AfB auf, ihre Vermittlungspraxis grundlegend zu ändern und nur auf ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen in solche Arbeitsverhältnisse zu vermitteln.

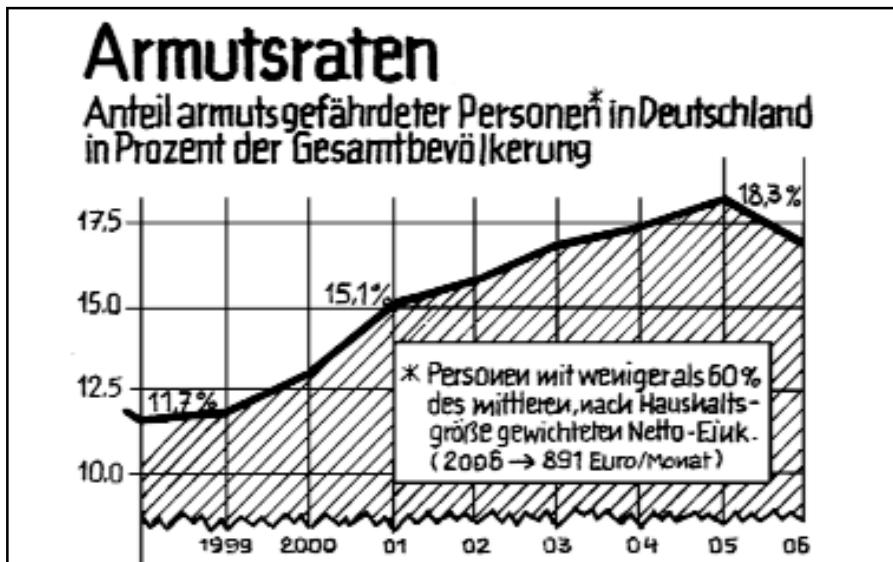
Obwohl die Zahl der erwachsenen Sozialleistungsempfänger in den letzten Jahren abnahm, steigt die Zahl der Kinder, die in Familien leben, die von diesen Leistungen abhängig sind, von Jahr zu Jahr an. Kinderlose haben eben mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Knapp 18 % der Kinder in unserer Stadt leben inzwischen von Hartz IV.

Hartz IV ist Armut per Gesetz – Hartz IV muss weg!

Wer Anspruch auf diese Sozialleistungen hat, kommt mit ihnen jedoch auch nicht über die Runden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband stellte im Oktober 2008 fest, dass die Regelsätze schnellstmöglich erhöht werden müssen, um wenigstens auf bescheidenem Niveau vor Armut zu schützen.

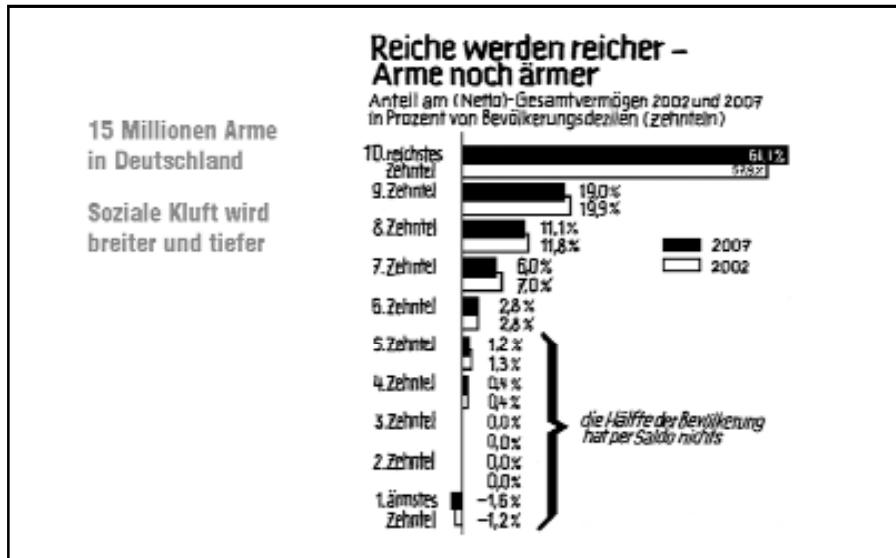
Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen: „Ein Sozialstaat, der es schon als armutspolitischen Erfolg wertet, wenn er seine Bürgerinnen und Bürger nicht verhungern lässt, hat seinen Namen nicht verdient.“



Reiche werden reicher, Arme ärmer

Doch das ist nur die „Spitze des Eisberges“: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten fünf Jahren immer weiter geöffnet und die Ungleichheit wird sich weiter verstärken.

So können immer mehr Menschen trotz Arbeit ihre Strom- und Gasrechnungen oder die Fahrkarte ihrer Kinder nicht mehr bezahlen. Ausflüge und gemeinsame Kinobesuche mit der Familie oder gar eine Urlaubsreise sind für viele zum unerschwinglichen Luxus geworden.



Wir treten ein für:

- ein kommunales öffentliches Beschäftigungsprogramm,
- die Umwandlung der 1- € - Jobs in versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse,
- den Ersatz von prekären Beschäftigungsverhältnissen durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen Verwaltungen sowie bei den Trägern und den Unternehmen, die Dienstleistungen für die Stadt Bottrop erbringen,
- kostenlose Mahlzeiten an allen Schulen und Kindertagesstätten für alle Kinder,
- kostenlose Abgabe des sogenannten Schokotickets an alle Kinder,
- Erhalt und Ausbau von unabhängigen Beratungsstellen für Erwerbslose,
- Programme zur Gesundheitsvorsorge für alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation sowie die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen in finanziellen Notlagen,
- Einbeziehung folgender Leistungen in das Leistungsspektrum des Bottrop-Passes:
 - * kostenloses Ticket 2000,

- * freier Eintritt im kommunalen Kino und bei städtischen Veranstaltungen,
- * freie Nutzung der Angebote der Stadtbibliothek und der Volkshochschule,
- * freier Eintritt in allen Bottroper Schwimmbädern,
- * Erlass städtischer Verwaltungsgebühren,
- * kostenfreies Konto bei der Sparkasse Bottrop,
- * Sozialtarife für Gas- und Strombezug.

4. Rotes Herz mit grüner Lunge

Nachhaltige Umwelt- und Naturschutzpolitik ist für uns LINKE ein zentraler Programmfpunkt.

In den letzten Jahrzehnten ist neben der sozialen auch die ökologische Frage immer drängender geworden. Der vom Menschen verursachte Klimawandel führt nicht nur zu erhöhten Temperaturen und zum Abschmelzen von Gletschern, sondern beeinflusst maßgeblich die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen.

Ein großer Teil des Treibhauseffektes und des damit verbundenen Klimawandels wird in den städtischen Ballungsräumen verursacht. Dieser Verantwortung muss sich auch die Stadt Bottrop stellen. Wir LINKE fordern daher Maßnahmen für ein nachhaltiges urbanes ZukunftsmodeLL mit dem Ziel einer Verringerung der klimarelevanten Spurengase Kohlendioxid, Methan und Stickstoffoxid.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Förderung regenerativer Energien.
- Die Emscher Lippe Energie GmbH ist der Hauptenergieversorger der meisten Bottroperinnen und Bottroper. Die ELE muss sich in Zukunft weniger als Energieversorger mit dem Ziel der Umsatz- und Profiterhöhung verstehen, sondern als Energiedienstleister mit starken CO2-Einsparzielen.

Um die ELE verstärkt auf eine ökologisch und sozial ausgerichtete

ausgerichtete Geschäftspolitik verpflichten zu können, ist es unerlässlich, dass sie zu 100 % in kommunales Eigentum übergeht (derzeit halten die RWE AG und ihre Tochtergesellschaft Rhenag einen politisch unakzeptablen hohen Anteil von 79 %).

- Es muss verstärkt die Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaik, Biomasse, Geothermie, Windkraft etc.) zur Energieerzeugung herangezogen werden.
- CO2-mindernde Sanierung kommunaler Gebäude (Schulen, Kindergärten etc.) sowie ein energetisches Sanierungsprogramm für den Bottroper Altwohnungsbestand.
- Wir plädieren für eine effiziente und energiesparende Verkehrswende: Umweltfreundlichen Verkehrsarten (Bahn, Bus, Rad- und Fußverkehr) muss der Vorrang eingeräumt werden, damit sie zu attraktiven Alternativen zum Autoverkehr werden.
- Wir fordern großzügige Freiflächen und insbesondere wohnortnahes Grün. Ein rücksichtsloser Flächenverbrauch muss verhindert werden.
- Umweltbildung soll in der Schul- und Berufsausbildung stärker verankert werden.

5. EINE Schule für Alle!

Die Fundamente unseres heutigen dreigliedrigen Schulsystems wurden im 19. Jahrhundert gelegt: Das Ziel dieses Systems bestand vor allem in der frühzeitigen Selektion und darin, die Klassenschranken zu erhalten: Arbeiterkinder gingen in die Volksschule, Kinder von Angestellten und kleinen Beamten in die Mittelschule und die "Elite" schickte ihre Kinder aufs Gymnasium oder ins Internat. Heraus kamen neue Arbeiterinnen und Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte und eine neue „Elite“. Chancengleichheit sollte Bildung in Deutschland nicht leisten.

Grundlegendes hat sich daran bis heute nicht geändert. Aber spätestens seit der PISA-Studie wissen wir, dass dieses System auf der ganzen Linie versagt hat.

Was wir brauchen, ist EINE Schule für alle: Eine Schule, in der nicht

Fächer, sondern Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, in der Lehrerinnen und Lehrer auf Schülerinnen und Schüler eingehen können, anstatt überwiegend Frontalunterricht zu fahren. Eine Schule mit kleinen Klassen und individueller Förderung.

Der ursprüngliche Ansatz der Gesamtschule zielte in diese Richtung. Aber solch vorbildliche Ansätze wie in Finnland wurden in der Bundesrepublik nie erreicht.

In der tristen Bottroper Realität haben wir folgende Situation:



- * Die Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen machen deutlich, dass viele Eltern im dreigliedrigen Schulsystem keine Perspektive für ihre Kinder sehen.
- * Die Hauptschule ist ein Auslaufmodell und wird perspektivisch verschwinden.
- * Ein wesentlicher Kritikpunkt ist und bleibt die frühe Trennung der Kinder und Festlegung auf einen Schultyp.

Gesamtschulen können dem entgegenwirken.
Am Ende soll aber stehen: EINE Schule für Alle!

Sanierung jetzt!

Aber auch an den bestehenden Schulen muss Lernen unter vernünftigen Bedingungen möglich sein. Seit Jahren werden nur noch die allernötigsten Reparaturen an den Schulen vorgenommen. Die Folge davon ist, dass fast alle Schulgebäude in einem hohen Grad sanierungsbedürftig sind. Die Beschwerden reichen von zugigen Fenstern bis zu nur unter Ekel benutzbaren Toiletten.

Dass ernsthaft über Gebühren für die Benutzung der Schultoiletten diskutiert wird, ist grotesk.

Ebenso wie die Schließung der Agatha- und der Albert-Schweitzer-Grundschule wegen Baufälligkeit.

Aber anstatt den Etat zur Schulbau-Sanierung zu erhöhen, streicht ihn die SPD zusammen. Sie nimmt in Kauf, dass die Schulen noch maroder werden und der Sanierungsdruck weiter wächst.

DIE LINKE fordert ein Schulbau-Sanierungsprogramm, das den Namen auch verdient.

6. Wer nicht in die Jugend investiert, der wird in Knäste investieren müssen

Kein Personalabbau in den Einrichtungen der Jugendhilfe und im Jugendamt!

Die Personalausstattung muss sich nicht nur nach der Zahl junger Menschen, sondern nach ihren tatsächlichen Bedürfnissen richten.

Präventionsarbeit im Rahmen bestehender Angebote der Jugendhilfe ist auszubauen. Familien müssen über die Hilfen zur Erziehung, die erst greifen, wenn Probleme bereits entstanden sind, hinausgehend Unterstützung von ihrer Kommune erhalten. Dazu bedarf es frühzeitiger Beratungsangebote.

Mehr Selbstverwaltung!

Ein erster Schritt zu mehr Selbstbestimmung wäre die Schaffung eines Kinder- und Jugendrates für Bottrop. Dieser könnte als erster Test von den weiterführenden Schulen im Bezirk Mitte gewählt und nach drei Jahren Erprobungsphase auf weitere Stadtbezirke ausgeweitet werden. Der Kinder- und Jugendrat muss das Recht bekommen, unabhängig Anträge an den Rat und die Bezirksvertretungen zu stellen und diese auch mündlich begründen zu dürfen.

Weniger Kommerz und mehr Soziokultur!

Das Jugendkombihaus in städtischer Trägerschaft ist für Jugendliche wenig attraktiv, da ein kommerzieller Betreiber in dem mit EU-Geldern geförderten Projekt eine Großdiskothek betreiben darf. Dies führt zu unattraktiven Preisen und den üblichen Begleiterscheinungen, wenn kommerzielle Interessen im Vordergrund stehen.

Daher fordert DIE LINKE. Bottrop eine Überprüfung des Projektes Jugendkombihaus auf seine Attraktivität für Bottroper Jugendliche und langfristig die Schaffung eines echten Soziokulturellen Zentrums mit einem hohen Anteil an Selbstverwaltung der Jugendlichen.

Prävention statt Reaktion!

Amokläufe und Gewalt an Schulen sind die Auswüchse eines Schulalltages der oftmals als repressiv und perspektivlos empfunden wird. Das sogenannte „Turbo-Abitur“ hat den Leistungsdruck hier nur verschärft. Schulpädagogen und Sozialarbeiter sind Mangelware. Daher fordert DIE LINKE als ersten Schritt den massiven Ausbau dieser Stellen an den Schulen. Des Weiteren sind die HausmeisterInnen an den Schulen mehr als nur technische Angestellte, sie sind insbesondere an Grundschulen eine wichtige Bezugsperson. Daher fordert DIE LINKE in Bottrop den Erhalt und den Ausbau dieser wichtigen Stellen.

Kinderschutz stärken!

Dafür müssen insbesondere die MitarbeiterInnen von Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen gestärkt, geschult und auch angemessen entlohnt werden.

Die Forderung der ErzieherInnen nach mehr gesundheitlichem Schutz und angemessener Entlohnung, die in dem diesjährigen Streik Ausdruck fand, unterstützt DIE LINKE. Bottrop ausdrücklich.

Die Sozialraumorientierung ist ein berechtigter Ansatz der Jugendhilfe. DIE LINKE will sich in Bottrop dafür einsetzen, dass verschiedene Akteure der Jugendarbeit vor Ort besser vernetzt werden (Schule, KiTa, Jugendfreizeiteinrichtung, Bezirksvertretung, Nachbarschaftseinrichtungen u.a.) und dezentrale, wohnortnahe Angebote für junge Menschen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Dabei müssen aber stets die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen die Planungsgrundlage bilden. Die sozialräumliche Jugendarbeit darf nicht zu einer weiteren Abgabe öffentlicher Verantwortung oder zum Abbau von Leistungen führen.

Die LINKE in Bottrop schlägt vor, in der kommunalen Jugendarbeit der kommenden fünf Jahre folgende Akzente zu setzen und auszubauen:

- Interkulturelle Jugendarbeit: z.B. gemeinsame Projekte mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft,
- Ausbau der Jugendbegegnung mit den Partnerstädten Bottrops; Jugendmedienprojekte, bei denen junge Menschen ihre Kreativität entdecken, entwickeln und präsentieren können. Die erfolgreiche Arbeit des Bottroper Medienprojektes soll fortgeführt werden; Jugendsport, der

junge Menschen ermuntert, sich zu bewegen, und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zugänglich sein soll.

- Umwelt- und Verkehrspädagogik: Kinder und Jugendliche, die in einer Großstadt wie Bottrop aufwachsen, sollen die Möglichkeit bekommen, mit der Natur in Berührung zu kommen. Gerade Bottrop und insbesondere die Ortsteile Kirchhellen und Grafenwald bieten dafür gute Voraussetzungen. Verkehrspädagogik soll junge Menschen nicht zu unkritischen VerkehrsteilnehmerInnen erziehen, sondern einen sicheren und bewussten Umgang mit Mobilität vorleben. Der internationale „Zu-Fuß-zur-Schule-Tag“ könnte mit Unterstützung des Jugendamtes zu einer festen Institution an Bottroper Schulen werden.
- Projekte für Toleranz, Demokratie und gegen Rassismus: Kindern und Jugendlichen soll der Reiz der Vielfalt und Unterschiedlichkeit nahe gebracht werden, um sie so gegen rechte und alltagsrassistische Hetze immun zu machen und auf ein gemeinsames Leben in unserer bunten Stadt vorzubereiten. Ein besonderer Schwerpunkt könnte in der Thematisierung von homo-, bi- und transsexuellen Lebensweisen liegen. Viel zu oft werden auch unter jungen Menschen diese Unterschiede diskriminiert und ausgegrenzt.
- Offene Kunstprojekte: junge Menschen, die sich z.B. mit Graffitikunst oder bestimmten Musikrichtungen beschäftigen, sollen nicht kriminalisiert oder geringgeschätzt werden, sondern in offenen Kunstprojekten Anerkennung finden und ihre Fähigkeiten weitergeben können.

Weiterhin setzen wir uns ein:

- für den Erhalt eines engmaschigen und bedarfsgerechten Netzes an Kindertagesstätten sowie gegen weitere steigende finanzielle Belastungen der Eltern,
- für die Sicherung qualifizierter, bedarfsorientierter und ganztägiger Kinder- und Jugendbetreuungsangebote, unabhängig von der sozialen Stellung der Eltern,
- für den Ausbau jugendspezifischer Einrichtungen in den Wohngebieten und Stadtteilen und ein Höchstmaß an selbstbestimmter Freizeitgestaltung,
- für eine angemessene räumliche, personelle und finanzielle Absicherung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Stätten

der Bildung und Erziehung: in diesem Sinne ist die Nutzung des Jugendkombihauses zu verändern und nicht-konfessionelle Jugendarbeit zu fördern,

- für den Ausbau der Straßensozialarbeit als Ansprechpartner für Jugendliche, anstatt mit sicherheits- und ordnungspolitischen Maßnahmen Jugendliche zu kriminalisieren,
- für die Schaffung von Freizeitmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche im Freien und den Erhalt, die Neugestaltung und Qualitätsverbesserung von Kinderspielplätzen in Form von pädagogisch betreuten Abenteuer-Bauspielplätzen in jedem Stadtteil,
- für eine Regelung in der Ortssatzung, die einen gleich großen Anteil von Spielplatz- und Freiflächen für Bauprojekte ebenso zwingend vorschreibt wie nachzuweisende Parkplatzflächen,
- für ein Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen: Die Stadt muss dabei in der Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Das beinhaltet auch die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung im erlernten Beruf. Darüber hinaus sollen städtische Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die in angemessenem Umfang ausbilden.
- gegen die weitere Bebauung von Freiflächen: Diese müssen als natürliche Spielplätze für Kinder erhalten werden.

7. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Von der Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Denn wesentliche Forderungen der Frauenbewegung sind nach wie vor nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die Schuldenmisere unserer Stadt führt dazu, dass Maßnahmen für Frauen in Frage gestellt und die Zuschüsse für Einrichtungen nicht mehr verlässlich sind.

Wir fordern eine aktive Gleichstellungspolitik in Bottrop, die den Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern.

Dazu gehört die Erkenntnis: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.

Nicht nur die Frauen- und Familienpolitik, auch und gerade Politikbereiche wie Wirtschafts-, Sport-, Verkehrspolitik und Innere Sicherheit haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Ungleichbehandlung der Geschlechter. Denn wer zieht aus bestimmten politischen Strategien und Entscheidungen der Finanzpolitik Vorteile und wer Nachteile? Wie sind Frauen und Männer von Ausgaben und Einsparungen öffentlicher Haushalte unterschiedlich betroffen? Wir fordern für Bottrop eine Mittelvergabe der öffentlichen Hand, die eine Gleichstellung von Männern und Frauen fördert.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt und Ausbau des Bottroper Frauenhauses als Zufluchtsort für Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind sowie den Erhalt der Frauenberatungsstelle Bottrop,
- einen weitergehenden Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht für Migrantinnen, die familiärer Gewalt oder auch erzwungener Prostitution ausgesetzt sind,
- die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten sowie die Förderung von Treffpunkten speziell für Mädchen,
- die Förderung von Treffpunkten für Lesben, Schwule und Transsexuelle,
- ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen Fragen,
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender vor Ort, u. a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall,

Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen

Westdeutschland, 2008



Deutschland gehört in Europa zu den Ländern mit der größten Ungleichheit der Bezahlung von Männern und Frauen. Auch in gleichen Berufen beträgt der Unterschied 21 Prozent (IAB). Vergleicht man Personen mit gleicher Ausbildung, Alter und Beruf, beträgt die Differenz immer noch 12 Prozent – unverändert seit 15 Jahren (IAB, 20.3.09)

- die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“,
- einen kommunalen Ersatz für die weggefallene Stelle "Frau und Beruf",
- Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen,
- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in finanziellen Notlagen,
- Berücksichtigung von Fraueninteressen beim Öffentlichen Nahverkehr (z.B. Nachtaxi) und im Sozialraum Stadt (Beleuchtung, Wege, Frauenparkplätze, Notrufeinrichtungen ...)
- Verbesserung der Situation der Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen (77% der BewohnerInnen sind Frauen).

8. Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander – Integration vor Ort gestalten!

Integration bedeutet für DIE LINKE in erster Linie Teilhabe! Wir sind nicht für Assimilation, sondern für interkulturellen Austausch, ohne eine Leitkultur als Orientierung.

Alle Menschen in unserer Stadt sollen die gleichen Chancen haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen: unabhängig von ihrer sozialen, nationalen, kulturellen oder religiösen Herkunft, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung.

Dennoch sind die meisten Menschen mit Einwanderungsgeschichte – und das sind in Bottrop zur Zeit rund 25.000 – in vielen Bereichen besonders benachteiligt.

Für DIE LINKE liegen die Ursachen vor allem in den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese haben sich in den letzten Jahren leider nicht verbessert. Im Gegenteil, sie sind für viele – und nicht nur MigrantInnen – schlimmer geworden. Die Umverteilung von unten nach oben hat die soziale Lage, besonders auch für Einwanderer, verschlechtert.

Um eine wirkungsvolle und nachhaltige Integration zu erreichen, fordert DIE LINKE als Voraussetzung:

Rechtliche Gleichstellung, volle soziale Partizipation und Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Für Bottrop heißt dies konkret:

- Ein Wahlrecht für alle, die hier leben.
Der erste Schritt dahin ist das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.
- Der Migrationsrat bekommt den Stellenwert eines Fachausschusses. Er kann Anträge, Resolutionen, usw. in den Rat einbringen, die dort zur Abstimmung kommen.
- Konkrete Schritte, die mittelfristig MigrantInnen ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend Stellen in der Verwaltung und allen städtischen Betrieben schaffen (derzeit beträgt ihr Anteil an den Beschäftigten nur 3 % gegenüber einem Anteil an der Bevölkerung von über 20 %).
- Ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumliche Abschottung gezielt verhindert. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass keine sozialkulturell bedingten Segregationen entstehen.
- Öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze. Das gilt besonders in der Jugendarbeit.
- Zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen. Darunter fällt insbesondere die Förderung der Herkunftssprache, um die Integration, aber auch Bildungs- und Berufschancen zu verbessern. Dabei gilt es auch, die kurdische Sprache angemessen zu fördern.
- Antirassistische Arbeit wird in Schulen kontinuierlich gefördert.
- Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für das Kommunale Integrationskonzept und stärkere Einbeziehung der MigrantInnen-Selbstorganisationen.
- Schaffung einer/eines Integrationsbeauftragten mit dem Ziel, einen fest im städtischen Haushalt vorgesehenen Etat zu verwalten und alle Integrationsmaßnahmen zu koordinieren.

Die Stadt setzt sich besonders für die Integration und Gleichbehandlung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ein. Menschenrecht verachtende Behandlungen gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern z.B. Lagerunterbringung von allein stehenden Kindern und Jugendlichen, darf es in Bottrop nicht geben.

Abschiebungen konterkarieren jede Integration, sind inhuman und stellen für die allermeisten der Betroffenen eine besondere Härte dar.

9. Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – gegen Ausgrenzung!

Noch immer werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt.

Laut Grundgesetz darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Zwar wurde vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist das grundgesetzlich verbrieft Recht immer noch nicht umgesetzt.

Für DIE LINKE ist Behindertenpolitik ein Querschnittsthema, das in alle Politikfelder einfließt. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Arbeitsgrundlage für die LINKE ist die UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene,
- die Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen und Gepflogenheiten, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen beinhalten,
- wirksame und geeignete Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern,
- den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in urbaner Lage, statt Bau neuer Heime, die behinderte oder alte Menschen isolieren,
- integrative Kindergärten und Schulen, damit behinderte und nicht-behinderte Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen können,
- Verbesserung und Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten,
- die alten- und behindertengerechte Architektur aller Neubauten und den schrittweisen barrierefreien Umbau alten Baubestands und dies in den Bebauungsplänen festzuschreiben,

- die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen,
- Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderen Diensten, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste,
- gesicherte Unterstützung und persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung auf öffentlichen, insbesondere städtischen Veranstaltungen,
- Qualifizierungsmöglichkeiten für die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und dass Verwaltungsvorgänge für Menschen mit Behinderungen nachvollziehbar sind,
- konkrete Schritte, die mittelfristig Menschen mit Behinderung ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend Stellen in der Verwaltung und allen städtischen Betrieben schaffen,
- Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung behinderter Menschen ins Berufsleben, Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche.

10. Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen. Die Mitgestaltung am selbstbestimmten Altern in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Rentenkürzung, Veränderung der Quantität von Krankheitsbildern). Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld,
- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (u.a. Sport, Bildung, Kultur,

Freizeitgruppen ...),

- bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen,
- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften,
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen können,
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den Öffentlichen Nahverkehr,
- Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten (Genossenschaften oder Vereine) in den Stadtteilen,
- Hilfen für den Verbleib älterer Menschen bei Erkrankungen in ihrem sozialen Umfeld,
- Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen,
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für Heimaufsicht und gesetzliche Betreuung,
- Ausbau des Angebotes für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege,
- Erweiterung der Angebote zur Integration demenzerkrankter Menschen,
- Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige,
- Ausbau der Versorgung der Palliativ-Medizin und Schaffung eines Hospizangebotes,
- Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer bei Einstellungen in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben,
- Einhaltung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst.

11. Kultur für alle

Erreichbare kulturelle Angebote machen den Wohnort zum Lebensort. DIE LINKE ist für die Entwicklung eines breiten kulturellen Angebotes. Eine Unterscheidung in "Hoch-" und "Breitenkultur" lehnen wir ab, wir sind für die Teilhabe aller Menschen an unterschiedlichen kulturellen Angeboten. Daher lehnen wir eine Ausrichtung der Kulturförderung an Wirtschaftsinteressen ab.

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung kultureller Initiativen „von Unten“ ein.

Deshalb fordern wir:

- Erhalt und Ausbau des Netzes von Stadtteilzentren und Bürgerhäusern in den Stadtteilen mit Angeboten für Menschen aller Altersstufen,
- Erhalt und (Wieder)-Ausbau des Netzes der Stadtteilbibliotheken bzw. Bücherbussen,
- Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen, um ihnen den Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen, insbesondere kostenloser Einlass für Inhaber des Bottrop-Passes,
- Aufbau Soziokultureller Zentren und lokaler Kulturinitiativen sowie Förderung freischaffender Künstler,
- gezielte Förderung von Frauenkultur,
- stärkere Beachtung der kulturellen Bedürfnisse der Migrantенbevölkerung,
- Erhalt und sinnvolle Nutzung von alten Gebäuden und Industriedenkmalen.



12. Sport – ein Kulturgut

DIE LINKE will den Sport als Einheit des Breiten-, Freizeit- und Gesundheitssports erhalten und weiterentwickeln. Es ist unser Ziel, das Sporttreiben für alle, die es wünschen, zu gewährleisten.

Die LINKE unterstützt Aktivitäten, die dazu beitragen:

- ÿ vorhandene Sportflächen und -stätten – einschließlich der Schwimmbäder – zu erhalten, planerisch zu erfassen und mit dem erforderlichen Zuwachs in den entsprechenden Entwicklungs- und Bebauungskonzeptionen festzuschreiben,
- ÿ die zweckentfremdete Nutzung oder Privatisierung von kommunalen Spielplätzen, Sportflächen, Sporthallen und Schwimmbädern zu verhindern,
- ÿ eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit sowie vielfältige und flexible Nutzung der Sportstätten zu ermöglichen,
- ÿ die entgeltfreie Nutzung der Sportstätten und Schwimmbäder durch Schulen und gemeinnützige Sportvereine zu sichern und den freien Trägern sozialverträgliche Lösungen anzubieten,
- ÿ gemeinnützige Sportvereine, -gruppen und -initiativen, insbesondere mit hohem Anteil von Kindern, Jugendlichen und/oder finanziell schwachen Mitgliedern, kontinuierlich finanziell zu fördern,
- ÿ Entwicklungspläne für Sportanlagen unterschiedlicher Art zu erarbeiten und zu vervollkommen,
- ÿ Umgestaltung der Süortanlage Paßstraße entsprechend dem Vorbild Rhenania oder VfB.

Den Sportvereinen, der organisatorischen Basis für den Freizeit- und Breitensport, muss die Kommune die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Vereine und ihre ehrenamtlichen Helfer den Sport für alle organisieren und kontinuierlich sichern können.

13. Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!

Der Kampf gegen faschistische und rassistische Tendenzen und ihre Organisationen stellt in dieser Gesellschaft eine ständige Herausforderung und für DIE LINKE einen Schwerpunkt auf kommunaler Ebene dar.

Für uns ist das Bekenntnis zu Antifaschismus und Antirassismus ein kommunalpolitischer Grundwert. Antifaschistische Kommunalpolitik heißt für uns, rechtsradikalen Denk- und Verhaltensweisen bereits in den Ansätzen entgegenzutreten, ihnen gegenüber keine Zugeständnisse zu

gewähren und eine Gewöhnung an sie als eine „normale“ politische Meinungsäußerung nicht zu dulden.

Deshalb darf nicht zugelassen werden, dass rechtradikale Geschehnisse in der Kommune aus Furcht vor einem möglichen Imageverlust verniedlicht, verdrängt oder verheimlicht werden. Faschismus und Rassismus können auf kommunaler Ebene um so wirksamer niedergehalten werden, wenn es gelingt, verschiedene Akteure zusammenzubringen und breite lokale Bündnisse zu erreichen.

Die Kommunen verfügen über verschiedene Möglichkeiten, in engem Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Initiativen eine Menge zu erreichen. Allein die Tatsache, dass Politik in den Kommunen in der Regel erfahrbar und auch mitgestaltbar ist, die Probleme und Interessen der Bürger bekannt und die Möglichkeiten individueller Einflussnahme manchmal noch gegeben sind, ist dabei ein entscheidender Faktor.

Die Konfliktfelder, die rechten Parolen Auftrieb geben, entstehen nicht im luftleeren Raum, als abstraktes Gebilde, sondern ganz konkret und fassbar vor Ort, dort wo wir miteinander leben. Das ist der Raum, in dem Solidarität und Sozialneid miteinander kollidieren, wo unterschiedliche Lebensweisen und Lebensansprüche, andere Politik- und Kulturansätze aufeinander treffen, dort wo die Schwächsten der Gesellschaft zum Sündenbock gemacht werden.

Deshalb ist das kommunale Engagement so wichtig.

Unsere grundsätzlichen Ziele und Forderungen:

- Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas für Humanismus und Toleranz,
- Verhinderung der „Normalität“ rechtsradikaler Ideologien und Handlungsträger,
- Unterstützung und Förderung insbesondere junger Menschen und Antifa-Gruppen, die sich den Rechtsradikalen entgegenstellen sowie Herstellung fester Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Initiativen,
- Aufarbeitung der kommunalen nationalsozialistischen Vergangenheit und deren öffentlicher Darstellung nach dem Vorbild „Gladbeck unterm Hakenkreuz“,
- Bildungsarbeit an den Schulen,
- Erhalt und Ausbau der Gedenkstätten und Denkmäler zur Erinnerung

an die Opfer des NS-Regimes; Umbenennung von Straßen und Plätzen mit Namen, die rassistisch, faschistisch oder kolonialistisch belastet sind (z.B. Löwenfeldstr., Kapitän-Lehmann-Str.); bei Neubenennung bevorzugte Berücksichtigung antifaschistischer Widerstandskämpfer; Einführung antifaschistischer Stadtrundgänge,

ÿ öffentliche Aktionen vor Ort zum Entfernen von neonazistischen Schmierereien und Aufklebern,

ÿ Unterstützung von multikulturellen Zentren und von Projekten des interkulturellen Lernens, um Menschen verschiedener Kulturen zusammenzuführen, sich dort gegenseitig besser kennen zu lernen, voneinander zu lernen, und Vorurteile zu überwinden.

Konsequent gegen Faschismus und Rassismus zu kämpfen, heißt für uns, die sie hervorbringenden Verhältnisse zu kritisieren, um sie abzuschaffen.

14. Kommunale Daseinsvorsorge sichern

Bottrop ist pleite. Aber Bottrop ist nicht allein. Rund 180 Kommunen in NRW sind hoch verschuldet.

Die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen wird immer größer: Fast die Hälfte der bundesweit aufgenommenen Kassenkredite in Höhe von 28 Milliarden Euro zur Liquiditätssicherung (d.h. für die laufenden Aktivitäten der Kommune, Personalkosten, gesetzliche vorgegebene Ausgaben und Umlagen usw.) konzentriert sich auf NRW mit Schwerpunkt Ruhrgebiet.

Darin zeigt sich nicht nur die massive Unterfinanzierung gesetzlicher Aufgaben. Das ist auch das Ergebnis der anhaltenden Strukturschwäche unserer ehemals durch die Montangüterindustrie geprägten Region, ihrer fortdauernden Umstellungsprobleme, ihres gravierenden Mangels an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, ihrer besonders großen Soziallasten durch hohe Langzeitarbeitslosigkeit und Verarmung sowie ihres anhaltenden Bevölkerungsrückgangs.

Mit der anlaufenden schweren Wirtschaftskrise drohen das Kommunalsteueraufkommen und die Zuweisungen von Bund und Ländern wieder massiv abzusinken. Die kommunale Verschuldungsspirale dreht sich weiter.

Erzwungener Sparkurs für Schulden, die andere zu verantworten haben

In den aktuellen Haushaltsdebatten werden überall im Ruhrgebiet von den jeweiligen Rathausmehrheiten neue Kürzungspakete aufgelegt.

Das Innenministerium greift über die Kommunalaufsicht (Bezirksregierungen) massiv ein und will einen verschärften Sparkurs, um ausgeglichene Kommunalhaushalte mit der Brechstange zu erzwingen.

Die kommunale Schuldenkrise ist – bei allen örtlichen Fehlentwicklungen, wie z. B. der gescheiterten innenstadtnahen Hauptbahnhof-Verlagerung, dem Ausbau des Flugplatzes Schwarze Heide und der Platzierung von Kaufland auf dem Altmarkt, die zweifellos auch eine Rolle spielen – aber nicht in erster Linie hausgemacht. Es ist vor allem die langjährige strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene, die bei über 90 % ihrer Aktivitäten Bundes- und Landesgesetze umsetzen muss.

Infolgedessen wurde auch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung weitgehend ausgehöhlt. Eine Bundesregierung nach der anderen hat die Misere nicht beendet, sondern noch verschlimmert. Der jetzt aufgezwungene verschärfte Sparkurs ist ein weiterer schwerwiegender Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Er fordert entschlossenen Widerstand heraus.

Das faktische Verbot von „freiwilligen“, aber für die kommunale Bevölkerung sinnvollen Leistungen, ist auch verfassungswidrig. Zum einen darf man nicht dem Märchen aufsitzen, das „freiwillige Leistungen“ (wie z.B. Kulturausgaben und Jugendzentren) durchgängig mit verzichtbarem Luxus gleichsetzt. Zum zweiten führt dieses faktische Verbot dazu, dass die Kommunen noch mehr als bisher zu reinen Vollstreckern zentralstaatlicher Aufgaben degradiert werden, nachdem sie über lange Jahre in die Schuldenfalle getrieben worden sind. Das repressive Einschreiten der Kommunalaufsicht ist dementsprechend vollkommen inakzeptabel, Ausdruck der Hilflosigkeit und der falsche Weg. Ein weiterer – auch verfassungsrechtlich negativer – Aspekt ist die wachsende Ungleichheit der Lebensbedingungen in armen und besser gestellten Kommunen und Regionen.

Wir setzen uns dafür ein, dass von der kommunalen Ebene aus Verfassungsklage gegen die ständige Unterfinanzierung angestrengt wird.

Widerstand ist notwendig

Wenn dem verschärften Sparkurs gegenüber den Kommunen und durch kommunale Mehrheiten kein massiver Widerstand entgegen gesetzt wird, droht eine neue Qualität von Leistungskürzungen und -verschlechterungen für die breite Masse der Bevölkerung. Erhöhte Gebühren und Abgaben sowie weitere Privatisierungen eingeschlossen. Die geforderte verschärzte Personalkostensenkung betrifft Zehntausende Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Es drohen weiterer Personalabbau, Beförderungsstopps und eine erneute Verringerung der Ausbildungszahlen bzw. Übernahmen.

Die erzwungene Verringerung der kommunalen Investitionsquote wird krisenverschärfend wirken und die wieder ansteigende Arbeitslosigkeit noch höher treiben. Das faktische Verbot der Inanspruchnahme von Fördergeldern durch Kommunen, die den Eigenbeitrag nur kreditfinanziert aufbringen können, wird diese weiter zurück werfen. Dabei haben die armen Kommunen die Fördergelder am dringendsten nötig.

Was Banken und Konzernen zugeschanzt wird, darf den notleidenden Kommunen nicht verweigert werden

Die härtere Vorgehensweise gegen die große Zahl armer Kommunen ist mit Blick auf die aktuelle Notwendigkeit konjunkturstützender Programme auf jeden Fall kontraproduktiv. Sie steht im offenen Widerspruch zu dem Rettungsschirm der Bundesebene für die Banken in Höhe von 480 Mrd. Euro. Sie steht auch im Widerspruch zu den sich abzeichnenden milliardenschweren Gehhilfen für Industriekonzerne und Wirtschaftsbranchen, an denen sich auch die Länder beteiligen wollen. Sie steht schließlich im Widerspruch zu den völlig unzureichenden und fragwürdigen Konjunkturförderprogrammen. Auf diesen Widerspruch machen wir nachdrücklich aufmerksam. Was Banken und Konzernen – ohne harte Auflagen, ohne strukturelle Veränderungen und mit zweifelhaften Erfolgssäussichten – zugeschanzt wird, darf der kommunalen Ebene nicht verweigert werden. Die kommunalen Aktivitäten und die öffentliche Daseinsvorsorge sind für die Masse der Bevölkerung lebensnotwendig. Sie haben für uns absoluten Vorrang.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir erstens und dringend ein umfassendes **Entschuldungsprogramm** für die kommunale Ebene. Dieses muss sowohl die Altschulden als auch Sicherungen gegen eine erneute Schuldenfalle umfassen.

www.dielinke-bottrop.de



DIE LINKE.
KREISVERBAND BOTTROP

Vienkenstr. 49 - 46240 Bottrop
Tel. 02041 / 781 73 40
E-mail: die-linke-bottrop@email.de
V.i.S.d.P. : Birgit Kauws, Christoph Ferdinand